KREIS UNNA
DER LANDRAT

29.06.2026 **Niederschrift 002/2026**

Ausschuss für Finanzen, Konzernsteuerung und Wirtschaft

am 08.06.2026 | Kreishaus Unna | Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna | C.002-C.003

Beginn 17:00 Uhr **Ende** 19:25 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende
Frau Annette-Maria Droege-Middel

Kreistagsmitglieder SPD

Frau Heike Bartmann-Scherding	
Herr Norbert Enters	Vertretung für Herrn Maik Luhmann
Herr Thomas Horschler	
Frau Renate Schmeltzer-Urban	
Herr Martin Wiggermann	Anwesend bis 19.18 Uhr

Kreistagsmitglieder CDU

Frau Annika Brauksiepe	
Herr Martin Niessner	
Herr Michael Zolda	Vertretung für Herrn Marco Morten Pufke

Kreistagsmitglieder AfD

Herr Stephan Grubendorfer	Vertretung für Herrn Uwe Georg Precker
Herr Hans Herward Mangartz	

Kreistagsmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Reinhard Heinz Mucha
Frau Ines-Carola Reinholde Nieders-Mollik

Kreistagsmitglied DIE LINKE
Herr Timo Putzer

Kreistagsmitglied FFV
Herr Michael Klostermann

Kreistagsmitglied (Einzelmitglied)
Herr Prof. Dr. Johannes R. Hofnagel

Gäste
Herr Mike-Sebastian Janke, Geschäftsführer VBU | VKU
Herr Sascha Dorday, Geschäftsführer WFG

Verwaltung
Herr Philipp Reckermann, Kreisdirektor | Dez. II
Herr Olaf Steuber, Sachgebietsleiter | Finanzwirtschaft und Kommunalaufsicht
Frau Sabrina Albert, Schriftführerin | Büro des Landrats

Abwesend:

Kreistagsmitglied SPD
Herr Maik Luhmann

Kreistagsmitglied CDU
Herr Marco Morten Pufke

Kreistagsmitglied AfD
Herr Uwe Georg Precker

Kreistagsmitglied (Einzelmitglied)
Herr Steven Günter Graumann

Frau Droege-Middel begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung. Sie teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 28.05.2026 versandt wurde. Da sich auf ihre Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt sie die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Punkt 1		Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner
Punkt 2	069/26	Verwendung des Jahresergebnisses 2024
Punkt 3	099/26	Nachtragsstellenplan 2026
Punkt 4	060/26/1	Beschluss der Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2026 und Beschlussfassung über die Benehmensherstellung mit den Städten und Gemeinden
Punkt 5	103/26	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH
Punkt 6	101/26	Übernahme von zwei Ausfallbürgschaften zugunsten der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU)
Punkt 7	100/26	Transformationscluster emissionsfreie Logistik – Kreis Unna – TRANSLOG-UN
Punkt 8		Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

Punkt 9 Wirtschaftsplandaten und strategische Ziele der Gesellschaften im Konzern Kreis Unna

Punkt 9.1 Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU);
Bericht: Geschäftsführer Mike-Sebastian Janke

Punkt 9.2 Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU);
Bericht: Geschäftsführer Mike-Sebastian Janke

Punkt 9.3 Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (WFG);
Bericht: Geschäftsführer Sascha Dorday

Punkt 10 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1 **Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen und Einwohnern ergeben sich nicht.

Punkt 2 069/26 Verwendung des Jahresergebnisses 2024

Erörterung
Herr Kreisdirektor Reckermann stellt die wesentlichen Inhalte der Drucksache 069/26 vor.

Beschluss
Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:
Der Fehlbetrag des Haushaltsjahres 2024 in Höhe von 6.859.199,68 € wird vollständig durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage gedeckt.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen (2 Enthaltungen der AfD-Fraktion)

Punkt 3 099/26 Nachtragsstellenplan 2026

Erörterung
Herr Kreisdirektor Reckermann erläutert kurz die Drucksache 099/26.

Herr Putzer erkundigt sich im Hinblick auf die vorgesehenen 23 Stellen, ob diese auch im Zusammenhang mit Abschiebungen stünden. Darüber hinaus fragt er, ob hierfür überhaupt ein entsprechender Bedarf bestehe,

an welchen Standorten die 23 Mitarbeitenden eingesetzt werden sollten und ob eine räumliche Unterbringung sichergestellt werden könne.

Herr Kreisdirektor Reckermann antwortet, die Arbeit sei grundsätzlich vorhanden, weil das Land beabsichtige, die Verfahren auszuweiten. Er führt aus, dass die unterschiedlichen Schicht- und Dienstmodelle den Einsatz der betreffenden Stellen erforderlich machten. Ergänzend weist er darauf hin, dass eine Unterbringung grundsätzlich auch am Standort der Zentralen Ausländerbehörde an der Zechenstraße möglich sei.

Frau Droege-Middel erteilt anschließend Herrn Grubendorfer das Wort.

Herr Grubendorfer erklärt, seine Fraktion begrüße die Vorlage und werde ihr folgen. Er führt aus, 23 neue Stellen in diesem Bereich seien aus seiner Sicht sinnvoll. Zugleich äußert er die Hoffnung, dass infolgedessen auch die Zahl der Abschiebungen steigen werde, nachdem diese in den vergangenen Jahren stagniert habe.

Beschluss
Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:
Der Nachtragsstellenplan 2026 wird entsprechend den der Drucksache 099/26 beigefügten Anlagen beschlossen.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich beschlossen (1 Nein-Stimme der Fraktion DIE LINKE)

Punkt 4 060/26/1 Beschluss der Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2026 und Beschlussfassung über die Benehmensherstellung mit den Städten und Gemeinden

Erörterung
Herr Kreisdirektor Reckermann führt aus, dass sich die Nachtragssatzung insgesamt günstiger darstelle als ursprünglich geplant. Gegenüber den ursprünglichen Vorlagen könne der Kreis das Ergebnis um rund 3,5 Mio. € verbessern. Im Rahmen des Rettungsdienstes habe sich die Notwendigkeit einer differenzierten Kreisumlage ergeben, die nun umgesetzt werden solle. Er weist darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Benehmensherstellung die betroffenen Kommunen Fröndenberg und Holzwickede Stellung genommen hätten. Herr Kreisdirektor Reckermann erläutert weiter, dass vorgesehen sei, den Kommunen zunächst lediglich 50 % der von der Verwaltung errechneten Kosten in Rechnung zu stellen. Das Zahlungsziel solle zudem auf Mitte Dezember festgelegt werden, sodass eine Belastung der Städte und Gemeinden in diesem Haushaltsjahr allenfalls zum Jahresende eintreten würde. Darüber hinaus werde haushaltsnah und ausschließlich auf Grundlage der tatsächlich entstandenen Kosten abgerechnet.

Beschluss
Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:
Die Nachtragssatzung des Kreises Unna für das Haushaltsjahr 2026 wird einschließlich Ergebnisplan und Finanzplan in der als Anlage zur Drucksache 60/26/1 beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 5 103/26 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH

Erörterung
Herr Kreisdirektor Reckermann stellt die wesentlichen Inhalte der Drucksache 103/26 vor.

Frau Nieders-Mollik meldet für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Beratungsbedarf an.

Die Beratung und die Beschlussfassung werden einvernehmlich auf die Sitzungen des Kreisausschusses am 22.06.2026 und des Kreistages am 23.06.2026 vertagt.

Punkt 6 101/26 Übernahme von zwei Ausfallbürgschaften zugunsten der Verwaltungs- und Beteiligungsgesellschaft Kreis Unna mbH (VBU)

Erörterung
Herr Kreisdirektor Reckermann führt aus, die in der Vorlage dargestellten Bürgschaften sollten durch den Kreis Unna zugunsten der VBU übernommen werden, damit die VBU diese anschließend für die vorgesehenen Vorhaben weiterreichen könne. Er erläutert, dies erfolge in Form von Gesellschafterdarlehen zur Finanzierung und Ermöglichung von Projekten, die den jeweiligen Gesellschaften dienen.

Beschluss
Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:
Der Kreis Unna übernimmt zwei Ausfallbürgschaften zugunsten der VBU, die diese als Gesellschafterdarlehen an die Verkehrsgesellschaft für den Kreis Unna mbH (VKU) und die Unnaer Kreis- Bau- und Siedlungsgesellschaft mbH (UKBS) weiterreicht. Für die VKU soll ein Darlehen i. H. v. 3 Mio. € zu 100 % verbürgt werden. Für die UKBS soll ebenfalls ein Darlehen i. H. v. 3 Mio. € aufgenommen werden. Allerdings erfolgt hier lediglich eine Bürgschaft für 80% des Investitionskredites (= 2,4 Mio. €).

Abstimmungsergebnis
einstimmig beschlossen

Punkt 7 100/26 Transformationscluster emissionsfreie Logistik – Kreis Unna – TRANSLOG-UN

Erörterung
Herr Dorday erläutert, es handele sich um ein Projekt im Rahmen des 5-Standortprogramms, an dem der Kreis Unna unter Einbeziehung von Bundes- und Landesmitteln partizipiere. Im Projekt seien verschiedene Akteure zusammengeführt worden, die im Sachbericht der Drucksache namentlich benannt seien. Federführend sei das Institut für Postfossile Logistik in Münster unter Beteiligung von Prof. Dr. Steffens. Dieses setze das Vorhaben gemeinsam mit dem Fraunhofer-Institut und weiteren Partnern als federführender Projektpartner um. Herr Dorday führt weiter aus, dass der Kreis Unna dem Projektansatz grundsätzlich zustimmen und diesen mittragen solle. Die Begleitung erfolge durch die Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFG), den Strukturstärkungsrat sowie im Rahmen der weiteren Qualifizierung der Projektidee. Mit der Vorlage solle ein politisches Votum eingeholt werden, damit der Kreis Unna das Projekt positiv begleite und über den Len-

kungskreis unter dem Strukturstärkungsrat in die weitere Qualifizierung einbringe. Herr Dorday legt dar, Ziel des Vorhabens sei es, den Kreis Unna als Modellregion für emissionsfreie Logistik zu stärken und die im Kreis Unna ansässigen Unternehmen des Logistiksektors bei der Transformation hin zu klimafreundlichen Transport- und Energiesystemen zu unterstützen. Hierzu sei die Bildung eines regionalen Transformationsclusters vorgesehen, in das neben Logistikunternehmen auch Energieakteure, Infrastrukturbetreiber sowie insbesondere wissenschaftliche Partner eingebunden seien. Es gehe ausdrücklich nicht um isolierte Einzellösungen, sondern um einen übertragbaren regionalen Transformationsansatz, der auf einer gemeinsamen Plattform zusammengeführt werde und perspektivisch auch für andere Regionen nutzbar sein solle.

Herr Mangartz erklärt, die AfD-Fraktion werde dem Vorhaben nicht zustimmen, da sie weiterhin den klassischen Verbrenner befürworte. Nach Auffassung der AfD-Fraktion habe der vorgestellte Ansatz keine Zukunft. Er führt aus, dass in dem Projekt auch mit Wasserstoff gearbeitet werde beziehungsweise Wasserstoff thematisiert werde und insoweit auch Tankstellennetze in Rede stünden. Wasserstoff sei aus seiner Sicht in der Herstellung sehr aufwendig und habe sich bislang nicht amortisieren können. Zudem dauere die Elektrifizierung an. Er äußert Zweifel daran, dass mittelständische und kleine Unternehmen in Unna in der aktuellen wirtschaftlichen Lage ihre Fahrzeugflotten austauschen wollten. Ferner gibt er zu bedenken, dass Wasserstoff gegebenenfalls zunächst zur Tankstelle transportiert werden müsse und führt aus, dass technisch betrachtet nur 25 % an der Antriebsachse ankämen. Er bewertet das Vorhaben daher als Ideologieprojekt und verweist auf einen Umfang von 4,7 Millionen Euro für 48 Monate, die aus seiner Sicht anderweitig besser investiert werden könnten.

Beschluss
Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:
Das Projekt „TRANSLOG UN" wird beschlossen und der Landrat wird beauftragt, das Projekt dem Strukturstärkungsrat zur Förderung vorzuschlagen.

Abstimmungsergebnis
mehrheitlich beschlossen (2 Nein-Stimmen der AfD-Fraktion)

Punkt 8 Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen ergeben sich nicht.

Anlagen
keine

gez. Sabrina Albert
Schriftführerin

gez. Annette-Maria Droege-Middel
Vorsitzende